

Haldensleben, den 24.04.2023

**Niederschrift**

über die 33. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 18.04.2023, von 18:00 Uhr bis 19:23 Uhr

**Ort:** im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

---

**Anwesend:**

**Vorsitzende/r**

Herr Mario Schumacher

**Mitglieder**

Herr Burkhard Braune

Herr Dirk Hebecker

Herr Guido Henke

Frau Anja Reinke

Frau Doris Trautvetter

**sachkundige Einwohner**

Herr Martin Feuckert

Herr Jürgen Jacob

Frau Nicole Job

**von der Verwaltung**

Frau Doreen Scherff

Herr Oliver Karte

Herr Michael Schneidewind

Frau Susan Gerwien

**Abwesend:**

**Mitglieder**

Herr Thomas Feustel - entschuldigt

Frau Sabrina Püschel

Frau Roswitha Schulz - entschuldigt

**Tagesordnung:**

**I. Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 21.02.2023
4. Einwohnerfragestunde
5. Förderrichtlinie der Stadt Haldensleben zur Gewährung einer Zuwendung für Ärzte, Zahnärzte  
Vorlage: 378-(VII.)/2023
6. Einrichtung von 3 Stipendien zur Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung in Haldensleben und seinen Ortsteilen  
Vorlage: 379-(VII.)/2023
7. Teilnahme am Projekt Wirtschaftsraum Mittellandkanal und Co-Finanzierung einer Projekt- und Koordinierungsstelle  
Vorlage: 373-(VII.)/2023
8. Teilnahme am Projekt Wirtschaftsraum Mittellandkanal und Co-Finanzierung einer Projekt- und Koordinierungsstelle  
Vorlage: 373-(VII.)/2023/1
9. Satzung zum Bürgerbudget der Stadt Haldensleben  
Vorlage: 380-(VII.)/2023
10. Mitteilungen
11. Anfragen und Anregungen

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

12. Abstimmung über den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 21.02.2023
13. Grundstücksangelegenheit  
Vorlage: 151-H(VII.)/2023
14. Grundstücksangelegenheit  
Vorlage: 377-(VII.)/2023
15. Mitteilungen
16. Anfragen und Anregungen

## **I. Öffentlicher Teil**

### **zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Herr Mario Schumacher eröffnet die heutige Sitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt; es sind 6 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Stadträtin Frau Sabrina Püschel fehlt unentschuldig. Weiterhin nehmen die sachkundigen Einwohner Herr Jürgen Jacob, Herr Martin Feuckert und Frau Nicole Job an der Sitzung teil.

### **zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Mario Schumacher gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 7 seitens der Verwaltung zurückgezogen wurde, deshalb wird der Tagesordnungspunkt 8 - Änderungsantrag der Fraktion CDU/ FDP ebenfalls von der Tagesordnung genommen. Des Weiteren bittet der Ausschussvorsitzende, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 von der Abhandlung her zu tauschen, somit soll erst der TOP 6 und danach der TOP 5 behandelt werden. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird die Tagesordnung  *einstimmig*  angenommen und gilt damit als festgestellt.

### **zu TOP 3 Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 21.02.2023**

Schriftlich liegen dem Ausschussvorsitzenden keine Einwände gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 21.02.2023 vor. Der öffentliche Teil der Niederschrift über die Tagung vom 21.02.2023 wird  *einstimmig bei einer Stimmenthaltung*  von den Ausschussmitgliedern bestätigt.

### **zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Ausschussvorsitzender Herr Mario Schumacher eröffnet die Einwohnerfragestunde. Da kein Einwohner eine Frage stellt, schließt der Ausschussvorsitzende die Einwohnerfragestunde wieder.

### **zu TOP 6 Einrichtung von 3 Stipendien zur Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung in Haldensleben und seinen Ortsteilen Vorlage: 379-(VII.)/2023**

a.) Stadtrat Herr Guido Henke informiert, dass die *Fraktion Die Linke* es nicht für zielführend hält, wenn die Stadt Haldensleben Aufgaben zusätzlich übernimmt, für die sie eigentlich nicht zuständig ist. Denn der Kreis der Wünsche kann beliebig erweitert werden, nicht nur Ärzte oder Zahnärzte, sondern Pfleger, Lehrer, Sozialarbeiter und Polizisten sind personell nicht genügend vorhanden.

Von der machbaren Praktikabilität her, ist eine Niederlassungsförderung für die *Fraktion Die Linke* geeigneter, als das Stipendium, denn eine Perspektive von 10 Jahren +, kann niemand vorhersagen.

Außerdem hofft man, dass die Kommunen sich gegenüber der Landespolitik positionieren, besonders im Hinblick auf die jetzigen Diskussionen zum Finanzausgleichgesetz.

b.) Die Sachkundige Einwohnerin Frau Nicole Job sieht es ähnlich, möchte es aber einschränken, indem die Verwaltung in der jetzigen Zeit Maßnahmen und Projekte initiieren sollte, die über das Maß hinaus an Zuständigkeit einer Kommune gehen, um gewissen Bedarfen entgegenzuwirken.

Es müsse für die Stadt Haldensleben mehr Eigenständigkeit hereingebracht werden, was passt zu Haldensleben, was wird benötigt.

Frau Job sieht Fehler im System, z.B. fängt es beim Numerus Clausus an, die Bereitstellung von universitären Ausbildungsplätzen – Sachsen-Anhalt kann nur 600 Plätze vorhalten. Die Zugangsvoraussetzungen sind in Sachsen-Anhalt viel offener, Studiengebühren sowie Lebenshaltungskosten sind günstiger, weshalb Studierende von Bayern oder anderswo in Sachsen-Anhalt studieren, aber dann nicht bleiben werden.

Man müsste mit der Kassenärztlichen Vereinigung, mit Universitäten und zusammen mit anderen Kommunen ins Gespräch kommen und versuchen gewisse Stellschrauben zu drehen.

c.) Der Sachkundige Einwohner Herr Jürgen Jacob hat sich bei der Kassenärztlichen Vereinigung mit der zuständigen Ärztin, die für Haldensleben zuständig ist, unterhalten. Diese hat es deutlich präferiert, wenn eine Förderung durch die Stadt erfolgt, dann sollte die für die Studenten erfolgen. Gegenwärtig für die kommenden 5 Jahren ist nicht abzusehen, dass die KV für die Stadt Haldensleben eine Zulassung zulässt. Die Stadt Haldensleben hat gegenwärtig ausreichend Ärzte. Und es nicht davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren so viele Ärzte in den Ruhestand gehen.

Er sehe es ähnlich, wie Herr Stadtrat Guido Henke, dass die Stadt Haldensleben an die zuständige Bundes- und Landesregierung herantreten soll.

d.) Die Sachkundige Einwohnerin Frau Nicole Job ergänzt den nächsten Systemfehler, die Kassenärztliche Vereinigung richtet sich nach der Einwohnerzahl bei der Ansiedlung von Ärzten. Doch die Arztpraxen in Haldensleben werden oft auch von Pendlern aufgesucht. Der Bemessungsschlüssel der Kassenärztlichen Vereinigung ist veraltet, dieser muss dringend angepasst werden.

Studierende zu unterstützen ist der falsche Ansatz, wenn die jungen Menschen sich für ein Medizinstudium entscheiden, sind sie ca. 18 Jahre. Mit dieser Förderrichtlinie bindet man junge Menschen, in so einer für sie so wichtigen Lebensphase, das ist falsch.

e.) Stadträtin Frau Anja Reinke fügt ebenfalls hinzu, dass es die Aufgabe der Bundes- und Landesregierung ist, sich darüber Gedanken zu machen wie man grundsätzlich mit der Krankenversorgung umgehen möchte.

f.) Einen weitere Sofortmaßnahme, die die Stadt Haldensleben umsetzen könnte, ist den Bürokratismus herunter zu schrauben. Frau Nicole Job nennt ein Beispiel aus dem Bereich der Kita, sobald Kinder Symptome wie Erbrechen oder Durchfall aufweisen, müssen diese zwingend zwei Tage zu Hause bleiben. Somit sind Eltern gezwungen, die Kinderarztpraxen aufzusuchen um einen Krankenschein für das Kind zu bekommen oder um für das Kind eine Gesundheitschreibung ausstellen zu lassen. Bürokratieabbau ist auch eine Entlastung für die Ärzte. Vielleicht gibt es Möglichkeiten seitens der Stadt die eine oder andere Regelung aufzuweichen.

Bürgermeister Herr Hieber ergänzt, dass es Gespräche mit einem Zahnarzt gegeben hat, der keine Patienten mehr aufnehmen kann und den Wunsch äußerte, dass eine weitere Zahnarztpraxis in der Nachbarschaft sich ansiedelt. Außerdem gibt er bekannt, dass es Interessenbekundung seitens von Ärzten gegeben hat, die sich aufgrund der Förderrichtlinie für eine Ansiedlung in der Stadt Haldensleben interessieren.

Die Sachkundige Einwohnerin Frau Nicole Job interveniert, denn für die Zulassung angehender Zahnärzte an der Uni-Halle müssen Abiturienten aus Sachsen-Anhalt einen Notendurchschnitt von 1,3 und Studierende aus Bayern einen Notendurchschnitt von 2,3 mitbringen. Auch hier ist wieder ein Systemfehler zu erkennen.

Frau Nicole Job appelliert, dass wir als Verwaltung über die Fraktionen und mit dem Landkreis den Mut haben sollten, auf die entscheidenden Gremien und Institutionen zuzugehen und zu fragen, wann der Numerus Clausus und andere Hemmnisse angepasst werden.

Stadträtin Frau Doris Trautvetter ergänzt, dass es in Haldensleben hauptsächlich an Fachärzten mangelt. Man erhält bei einem Facharzt keinen Termin, da auch viele auswärtige Bürger die Praxen aufsuchen. Deshalb sollte die Stadt Haldensleben aus ihrer Sicht, mehr Fachärzte anwerben.

Ausschussvorsitzender Herr Mario Schumacher bringt ergänzend ein, dass der Umfang des Stipendiums in Höhe von 800,00 Euro auch um die Hälfte gekürzt werden könnte, somit unterstützt man die Studenten finanziell noch immer.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses sprechen der Beschlussvorlage 379-(VII.)/2023 *keine Empfehlung* für den Stadtrat aus.

**Abstimmung:** 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

**zu TOP 5**      **Förderrichtlinie der Stadt Haldensleben zur Gewährung einer Zuwendung für Ärzte, Zahnärzte**  
**Vorlage: 378-(VII.)/2023**

Die Ausschussmitglieder haben sich im Tagesordnungspunkt zuvor schon ausgiebig dazu ausgetauscht, sodass kein Redebeitrag seitens der Mitglieder mehr erwünscht ist.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses sprechen der Beschlussvorlage 378-(VII.) /2023 *keine Empfehlung* für den Stadtrat aus.

**Abstimmung:** 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

**zu TOP 7**      **Teilnahme am Projekt Wirtschaftsraum Mittellandkanal und Co-Finanzierung einer Projekt- und Koordinierungsstelle**  
**Vorlage: 373-(VII.)/2023**

Von der Tagesordnung abgesetzt.

**zu TOP 8**      **Teilnahme am Projekt Wirtschaftsraum Mittellandkanal und Co-Finanzierung einer Projekt- und Koordinierungsstelle**  
**Vorlage: 373-(VII.)/2023/1**

Von der Tagesordnung abgesetzt.

**zu TOP 9**      **Satzung zum Bürgerbudget der Stadt Haldensleben**  
**Vorlage: 380-(VII.)/2023**

Amtsleiter Herr Michael Schneidewind erläutert die Beschlussvorlage sowie die beiliegende Satzung.

Ausschussvorsitzender Herr Mario Schumacher hinterfragt, ob sichergestellt ist, dass bei einer Abstimmung niemand Schindluder betreiben kann, also niemand doppelt oder dreifach seine Stimme abgeben kann.

Amtsleiter Herr Schneidewind erklärt, dass ein Identitätsdiebstahl, Voraussetzung für eine mehrfache Stimmabgabe eines Bürgers, strafbar ist. Die Erfahrung in anderen Kommunen zeigt, was aus der Rücksprache mit dem Onlineanbieter hervorging, dass keine Schindluder damit betrieben wird.

Stadträtin Frau Doris Trautvetter erklärt, dass die *Fraktion Bürgerbewegung HDL* mit der Empfängerbenennung Probleme hat, da auch Einrichtungen in Trägerschaft der Stadt Haldensleben das Bürgerbudget beantragen können. Denn Projekte, die die Stadt organisiert, sind im Haushalt aufgeführt und sollten nicht als Bürgerbudget als Solches genutzt werden.

Des Weiteren soll laut Antrag ein Projektmotiv für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit eingereicht werden, doch mancher Antragsteller hat vielleicht noch kein Foto oder Bild. Hier fehlt es an Deutlichkeit was genau gebraucht bzw. verlangt wird. Amtsleiter Herr Michael Schneidewind erklärt, dass jeder Antragsteller durch Fotos, Bilder oder auch Skizzen sein Projekt besser vermarkten kann. Zwingend muss nichts eingereicht werden.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschuss sprechen der Beschlussvorlage BV 380-(VII.)/2023 *ein-stimmig* eine Empfehlung für den Stadtrat aus.

**Abstimmung:** 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

**zu TOP 10**      **Mitteilungen**

Amtsleiter Herr Michael Schneidewind möchte zu einer Aussage von Stadträtin Frau Anja Reinke aus der letzten Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschuss- TOP 6, dass der Verein *Kultur-Landschaft e.V.* Rücklagen bildet und Rücklagenbildung nicht zulässig sei, Stellung beziehen. Die Rechtsgrundlagen für die Rücklagenbildung von Vereinen finden sich in den §§ 55 Abs. 1 Nr. 5 und 62 der Abgabenordnung wieder. Demnach ist es zulässig, Rücklagen zu bilden, die allerdings in den folgenden zwei Kalender- oder Wirtschaftsjahren nach dem satzungsmäßigen Zwecken zu verwenden sind.

**zu TOP 11      Anfragen und Anregungen**

1.

Frau Nicole Job, sachkundige Einwohnerin, möchte erfahren, wie man mit all den eingebrachten Vorschlägen, die in einem Ausschuss, hier unter TOP 6 genannt worden sind, weiter verfahren möchte.

Es wurde festgestellt, dass es Systemfehler gibt, dass man gern den Numerus clausus versuchen würde in Frage zu stellen, dass man bei der Kassenärztlichen Vereinigung anfragen müsse, warum man daran festhält, die Bemessung der Ärzte an Einwohnerzahlen zu begrenzen, dass man die Minimierung der Bürokratie- Gesundheitschreibungen für Kinder anstreben sollte, unter dem Strich, alles Sofortmaßnahmen, die umgesetzt werden könnten. Wie möchte man mit dieser Erkenntnis nun umgehen.

Stadtrat Herr Guido Henke sagt, es liegt an uns, dem Stadtrat. Hier in dieser Runde könne der Ausschuss eine Empfehlung an den Stadtrat aussprechen, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen, um diese Probleme an entsprechender Stelle, dem Landkreis oder/ und dem Landtag zur weiteren Bearbeitung und Beantwortung weiterzuleiten.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher erklärt abschließend, dass die Fraktionsvorsitzende sich hierzu auseinandersetzen und entsprechend etwas vorbereiten werden.

gez.

Mario Schumacher  
Ausschussvorsitzender

gez.

Susan Gerwien  
Protokollantin